

REFORM

Prüfer fordern Sparbemühungen

WIEN. Der Rechnungshof (RH) kritisiert unambitionierte Sparvorgaben im System der Finanzzielsteuerung des Gesundheitswesens. Für die Jahre 2017 bis 2021 seien Ausgabenobergrenzen vorgegeben worden, die bereits bei ihrer Festlegung überholt gewesen seien. Schon in den Jahren 2013 und 2014 seien sie nämlich deutlich unterschritten worden.

Ziele zu niedrig

Mit dem System der Zielsteuerung versuchen Bund, Länder und Kassen seit 2013 die Steigerung der Gesundheitsausgaben gemeinsam zu dämpfen. 2016 sollte der jährliche Ausgabenzuwachs den Wert von 3,6% nicht überschreiten – und zwar bei einer angenommenen Steigerung von 4,7%, falls nicht eingegriffen wird. Das Problem laut RH: Letzterer Wert wurde zu hoch angesetzt. Die geplanten Ausgabendämpfungen wurden damit zwar locker erreicht, Aussagekraft hatte das aber wenig. (red)



© Achim Bielek

Kritik

Der Rechnungshof sieht im öffentlichen Gesundheitswesen mehr Sparpotenzial.

Kassenreform startet

Mit 1.1.2020 ist die Fusion der Gebietskrankenkassen sowie SVA und SVB vollzogen. Kritiker fürchten Einsparungen.



© ÖGKK

Mit Jahresbeginn läuft das Geschäft der Gebietskrankenkassen über die neue ÖGK; auch SVA und SVB wurden fusioniert.

•• Von Martin Rümmele

WIEN. Am Dienstag dieser Woche trafen sich zum letzten Mal die Entscheidungsgremien des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Ab 1.1.2020 wird aus dem Hauptverband ein schlanker Dachverband für nur noch fünf SV-Träger, die dann auch Aufgaben des Hauptverbandes zentral für die jeweils anderen Träger übernehmen. Offen war bis Redaktionsschluss noch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, die für diese Woche erwartet wird.

Harmonisierung offen

Offen ist auch die von der ÖVP-FPÖ-Regierung versprochene Leistungsharmonisierung in den zur ÖGK zusammengelegten neun Gebietskrankenkassen. Die SPÖ kritisiert, dass die Österreichische Gesundheits-

kasse (ÖGK) noch nicht für eine Harmonisierung ihrer Leistungen gesorgt hat. „Gleiche Leistung für gleiche Beiträge sowie eine Leistungsharmonisierung nach oben hat Altkanzler Kurz noch kurz vor der Wahl versprochen. Nichts davon kommt“, sagt Gesundheitssprecher Philip Ku-

cher. Im Überleitungsausschuss der ÖGK wurden bis zuletzt alle Anträge der sozialdemokratischen Gewerkschafter, die auf eine Harmonisierung der Leistungen nach oben (also auf das höchste Level, das eine der neun fusionierten Länderkassen angeboten hatte), immer wieder vertagt. Geschehen sei dies mit der Mehrheit der Dienstgeber und des ÖVP-Arbeiter und Angestelltenbundes (ÖAAB). „Die Unternehmensvertreter im Ausschuss, die selbst nicht einmal über die ÖGK versichert sind, nützen ihre Mehrheit, um über die Beiträge der Dienstnehmer zu entscheiden“, kritisierte Andreas Huss, früher Salzburger GKK-Obmann und nun stellvertretender Vorsitzender des Überleitungsausschusses. Fix ist, dass derzeit alle Unternehmen von der ÖGK über Änderungen schriftlich informiert werden.

„

Die Arbeitgeber nützen ihre Mehrheit, um über Beiträge der Dienstnehmer zu entscheiden.

Andreas Huss
ÖGK-Vizeobmann

“